

N i e d e r s c h r i f t

über die 26. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses in seiner 6. Wahlperiode am
01.07.2004
im Ratssaal des Rathauses in Monheim am Rhein

Mitglieder:

Dr. Dünchheim, Thomas	Bürgermeister
Dr. Müller, Ulrich	CDU-Fraktion
Gronauer, Markus	CDU-Fraktion
Schaub, Lothar (Vertreten)	CDU-Fraktion
Butschko, Peter	
Vertreter für Schaub, Lothar	CDU-Fraktion
Bosbach, Günter (Vertreten)	CDU-Fraktion
Ditz, Hans-Joachim	
Vertreter für Bosbach, Günter	CDU-Fraktion
König, Karl	CDU-Fraktion
Göbel, Karl-Heinz (Vertreten)	CDU-Fraktion
Greis, Peter	
Vertreter für Göbel, Karl-Heinz	CDU-Fraktion
Taplick, Karl-Heinz	CDU-Fraktion
Hengsberger, Wally	SPD-Fraktion
Jelinek, Artur	SPD-Fraktion
Klein, Manfred	SPD-Fraktion
Nieswand, Helmut	SPD-Fraktion
Schmidt, Harald	SPD-Fraktion
Pruin, Stefan	
ab 18:15 Uhr	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
von Wallis, Winfried (Vertreten)	Fraktion MBM/F.D.P.
Liebe, Luda	
Vertreterin für von Wallis, Winfried	Fraktion MBM/F.D.P.
Haupt, Sascha	
ab 18:37 Uhr	Fraktion PETO
Spiecker, Gerd	Verwaltung
Herrmann, Max	Verwaltung
Bosbach, Hans	Verwaltung
Trost, Uwe (Vertreten)	Verwaltung

Frömmer, Martin	
Vertreter für Trost, Uwe	Verwaltung
Warden, Marion	Verwaltung
Müchler, Gerhard	Verwaltung
Thomanek, Georg	Verwaltung
Brock, Hans Peter	Verwaltung
Herforth, Gisela (Nicht anwesend)	Verwaltung
Holtermann, Werner (Nicht anwesend)	Verwaltung
Kierdorf, Wilfried	Verwaltung
Lehmacher, Theo	Verwaltung
Lehmann, Rüdiger (Nicht anwesend)	Verwaltung
Peters, Kurt (Nicht anwesend)	Verwaltung
Berg, Annette	Verwaltung
Krämer, Guido	Verwaltung
Mittmann, Georg	Verwaltung
Boldt, Günther	Verwaltung

Beginn der Sitzung 18:04 Uhr

Ende der Sitzung 21:57 Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

- Ö 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit
- Ö 2. Kenntnissnahme der Niederschrift der letzten Sitzung -öffentlicher Teil-
- Ö 3. 2004/0167 Mitteilung;
Bericht über die Ausführung der Beschlüsse aus der letzten Sitzung vom 25.03.2004 - öffentlicher Teil -
- Ö 4. 2004/0246 Verwertung des Rheinparks
- Verkauf von der LEG Grundstücksfonds an die ANH Hausbesitz GmbH & Co.KG GmbH (Rheinanleger)
- Ö 5. 2004/0242 Gesamtkonzeption der Offenen Jugendarbeit in Monheim am Rhein
- Ö 0. Bürgerfragestunde
- Ö 6. 2004/0245 Mittel für Ferienmaßnahmen und integrative Maßnahmen der freien Jugendverbände Übernahme der Elternbeiträge für Ferienmaßnahmen
- Ö 7. 2004/0186 Antrag auf Gewährung eines Zuschusses der Beratungs- und Informationsstelle gegen sexuelle Gewalt an Mädchen und Jungen "Sag's e.V."
- Ö 8. 2004/0176 Fortführung des Projektes Mo.Ki
- Ö 9. 2004/0180 Entgeltordnung für die Volkshochschule der Stadt Monheim am Rhein
- Ö 10. 2004/0229 Satzung über die Erhebung der Zweitwohnungssteuer in der Stadt Monheim am Rhein

Vorlage wurde vom BM aufgrund des negativen Votums des Haupt- und Finanzausschusses nach Rücksprache mit den Fraktionsvorsitzenden am 05.07.2004 zurückgezogen.
- Ö 11. 2004/0216 Abschluss einer Vereinbarung über die Abwasserbeseitigung zwischen der Stadt Monheim am Rhein und der Stadt Leverkusen
- Ö 12. 2004/0231 Ersatzbeschaffung von PCB-belastetem Schulinventar
- Ö 13. 2004/0221 Nutzungskonzept Marienburg

- | | | |
|-------|-----------|---|
| Ö 14. | 2004/0219 | Ergänzung der Haushaltssatzung 2004 |
| Ö 15. | 2004/0253 | Errichtung eines Abenteuerspielplatzes am Standort "Im Pflingsterfeld" |
| Ö 16. | 2004/0226 | Finanz- und Leistungsberichte der Zentralen Dienste und der Gesamtverwaltung für die Zeit vom 01.01.-30.04.2004 |
| Ö 17. | 2004/0254 | Mitteilung
Sachstand: Verhandlung über Nutzungsvertrag Rheinstadion und Baukostenzuschuss Sozial- und Verwaltungsgebäude |
| Ö 18. | | Mündliche Mitteilungen |
| Ö 19. | | Mündliche Anfragen |

Nichtöffentliche Sitzung

- | | | |
|--------|-----------|---|
| NÖ 20. | | Feststellung der Beschlussfähigkeit |
| NÖ 21. | | Kenntnisnahme der Niederschrift der letzten Sitzung - nichtöffentlicher Teil- |
| NÖ 22. | 2004/0140 | Personalangelegenheit |
| NÖ 23. | 2004/0156 | Personalangelegenheit |
| NÖ 24. | 2004/0170 | Personalangelegenheit |
| NÖ 25. | 2004/0182 | Personalangelegenheit |
| NÖ 26. | 2004/0235 | Personalangelegenheit |
| NÖ 27. | 2004/0243 | Personalangelegenheit |
| NÖ 28. | 2004/0244 | Personalangelegenheit |
| NÖ 29. | 2004/0215 | Vertragsangelegenheit |
| NÖ 30. | 2004/0260 | Rechtsangelegenheit |
| NÖ 31. | | Mündliche Mitteilungen |
| NÖ 32. | | Mündliche Anfragen |

Ö 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit

Herr Bürgermeister Dr. Dünchheim eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Insbesondere heißt er die erschienenen Bürgerinnen und Bürger sowie die Pressevertreter willkommen.

Sodann teilt er nach Hinweis der Vorsitzenden der SPD-Fraktion mit, dass der Tagesordnungspunkt Ö 13 – Nutzungskonzept Marienburg – wie besprochen zurückgezogen und unter Ö 15 ein neuer Tagesordnungspunkt 'Errichtung eines Abenteuerspielplatzes am Standort Im Pflingsterfeld' aufgenommen wird. Die bisherigen Tagesordnungspunkte ab Ö 15 rücken dann jeweils eine Ziffer weiter.

**Ö 2. Kenntnisnahme der Niederschrift der letzten Sitzung
-öffentlicher Teil-**

Der Ausschuss nimmt die Niederschrift der letzten Sitzung - öffentlicher Teil - zur Kenntnis.

**Ö 3. 2004/0167 Mitteilung;
Bericht über die Ausführung der Beschlüsse aus der letzten
Sitzung vom 25.03.2004 - öffentlicher Teil -**

Beschluss

Der Ausschuss nimmt den Bericht über die Ausführung der Beschlüsse aus der letzten Sitzung zur Kenntnis.

**Ö 4. 2004/0246 Verwertung des Rheinparks
- Verkauf von der LEG Grundstücksfonds an die ANH
Hausbesitz GmbH & Co.KG GmbH (Rheinanleger)**

Zu diesem Tagesordnungspunkt sind ebenfalls die Mitglieder des Ausschusses für Stadtplanung, Umwelt, Bau- und Verkehrswesen geladen worden. Neben den sowieso dem Haupt- und Finanzausschuss angehörenden Mitgliedern des Ausschusses für Stadtplanung, Umwelt, Bau- und Verkehrswesen nehmen noch der Vorsitzende des Ausschusses, Rats Herr Werner Goller (SPD-Fraktion) sowie die sachkundigen Bürger Manfred Poell (Fraktion B90/Die Grünen) und Heinz-Jürgen Goldmann (CDU-Fraktion) zu diesem Tagesordnungspunkt an der Sitzung teil.

Der Bürgermeister heißt zu diesem Tagesordnungspunkt ebenfalls das Architektenteam Banz und Riecks aus Bochum willkommen. Herr Riecks werde heute den Architektenentwurf zur Bebauung des Rheinanlegers mit einem Gebäude für Büro- und Gastronomienutzung vorstellen. Die Firma ANH als Investor habe zwischenzeitlich dieses Architekturbüro mit der Erstellung eines Entwurfes beauftragt. Die Verwaltung teilt dazu ergänzend mit, dass man bezüglich dieses Projektes in dieser Woche die letzte Hürde hinsichtlich des Genehmigungsverfahrens überwunden habe. Von dem Staatlichen Umweltamt Krefeld habe man den Hinweis bekommen, dass gegen das Projekt keine Bedenken mehr erhoben werden. Der Bürgermeister fügt hinzu, dass die Probleme mit allen zu beteiligenden Behörden ausgeräumt seien. Zum anderen habe die Firma Paeschke, die sich ebenfalls als Investor beworben habe, die Bewerbung zurückgezogen.

Herr Riecks stellt nunmehr den Entwurf vor. Danach werden seitens der Ausschussmitglieder Fragen an Herrn Riecks gestellt.

In der anschließenden Diskussion werden von der SPD-Fraktion Bedenken geltend gemacht. Das Haus mit einer Länge von 110 Meter sei doch ein gewaltiger Gebäuderiegel, der den Durchblick auf den Rhein versperre. Bei aller Transparenz sei das ein mächtiger Baukörper. Die Dimensionen würden nicht passen.

Von den anderen Fraktionen wird der Planung uneingeschränkt zugestimmt. Der Vorsitzende der CDU-Fraktion äußert, es sei richtig, das Gebäude zu errichten und dem Grundstücksverkauf daher zuzustimmen. Es werde sicherlich ein Blickfang mit Ausstrahlung auf die gesamte Region. Der Vorsitzende der Fraktion B90/Die Grünen bezeichnet das Projekt als großen Wurf. Er sei begeistert. Zu der ausgefallenen Architektur brauche man jetzt Mut und nicht Kleinmut. Die Vorsitzende der F.D.P.-Fraktion sieht in dem Projekt eine spannende Architektur, aber auch eine einschneidende Maßnahme.

Auf die Frage der Vorsitzenden der SPD-Fraktion, in wie weit der Bebauungsplan diese Bebauung überhaupt hergibt, entgegnet der Bürgermeister, dass der Bebauungsplan geringfügig angepasst werden muss.

Auf die wiederholt gestellte Frage wegen der Transparenz des Gebäudes entgegnet der Architekt, er könne nicht mehr sagen, als dass man sich darum kümmern und daran arbeiten werde. Das Projekt werde so entwickelt, dass hinterher alle damit glücklich sein werden.

Der Bürgermeister weist nochmals darauf hin, dass heute im Einvernehmen mit der LEG eine Eigentumsübertragung stattfindet. Die Stadt sei nicht Eigentümer des Grundstückes. Man könne daher nur eine Standortentscheidung treffen. Die Architektur obliege letztlich dem Investor.

Die Frage eines Sprechers der SPD-Fraktion, ob aufgrund des Ausmaßes des Projektes und der notwendigen Änderung des Bebauungsplanes eine Bürgeranhörung geplant sei, wird vom Bürgermeister bejaht.

Seitens der SPD-Fraktion wird eine 10minütige Unterbrechung der Sitzung beantragt (19:20 Uhr).

Wiedereröffnung der Sitzung: 19:32 Uhr.

Die Vorsitzende der SPD-Fraktion erklärt, dass man trotz Bedenken dem Grundstücksverkauf an die ANH Hausbesitz GmbH & Co.KG zustimme unter der Voraussetzung, dass die notwendige Änderung des Bebauungsplanes und eine Bürgerbeteiligung erfolge.

Der Ausschuss beschließt:

Gemäß Ziffer 13 des Runderlasses des Ministers für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr vom 29.10.1987 – ICI-80/81.00-803/87 – stimmt die Stadt Monheim am Rhein dem Verkauf einer Grundstücksteilfläche aus dem Rheinpark (Rheinanleger) an die ANH Hausbesitz GmbH & Co. KG zu.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ö 5. 2004/0242 Gesamtkonzeption der Offenen Jugendarbeit in Monheim am Rhein

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erklärt, dass er dieser Konzeption nicht zustimmen könne. Die personellen Ressourcen in der offenen Jugendarbeit seien auf 6,5 Stellen reduziert worden. Mit Sorge blicke man auch nach Baumberg. Wie der SKFM es mit einer Stelle

plus Honorarkräfte plus Ehrenamtler hinbekommen wolle, das zu leisten, was früher von 4 Vollzeitkräften geleistet wurde, sei nicht klar. Da sei eher große Skepsis angebracht.

Die Vorsitzende der SPD-Fraktion äußert, ebenfalls der Vorlage nicht zuzustimmen, weil zusätzlich zu dem generellen Abbau sich das heute vorliegende Konzept eigentlich nur um den einen Punkt, nämlich Aufgabe des JuKuBa dreht. Das sei eine Grundsatzentscheidung, der man nicht zustimme. Man sei der Ansicht, die Stadt dürfe sich nicht aus ihrer Verantwortung zurückziehen.

Der Ausschuss empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Das Gesamtkonzept zur Offenen Jugendarbeit und **Schulsozialarbeit, ergänzt um Jugendsozialarbeit/Jugendberatung** in Monheim am Rhein wird beschlossen und tritt ab dem 1.9.04 in Kraft.
2. Der Jugendklub Baumberg wird zum 1.9.04 auf den Sozialdienst Katholischer Männer und Frauen für den Kreis Mettmann e.V. übertragen. Es gelten die vertraglichen Vereinbarungen.
3. Die unbesetzte 0,5 Stelle im Haus der Jugend wird gemäß des Stellenplans für das Jahr 2004 ff. durch einen Beschäftigten mit KW Vermerk der Offenen Jugendarbeit wieder besetzt. Der verbleibende KW-Vermerk im Haus der Jugend im Umfang von 0,5 Stellen wird aus dem Stellenplan entfernt.
4. Die im Stellenplan befristete 0,5 Stelle im Rahmen der Jugendsozialarbeit der Jugendberatungsstelle wird ab dem 1.10.04 **dem Gesamtkonzept** zugeordnet und wieder besetzt.

Abstimmungsergebnis:

dafür 8 Stimmen (BM, 7 CDU)

dagegen 6 Stimmen (5 SPD, Grüne)

Enthaltungen 1 Stimme (F.D.P.)

Ö 0. Bürgerfragestunde

Beginn: 19:37 Uhr

Es gibt keine Fragen.

Ende: 19:37 Uhr

Ö 6. 2004/0245 Mittel für Ferienmaßnahmen und integrative Maßnahmen der freien Jugendverbände Übernahme der Elternbeiträge für Ferienmaßnahmen

Der Ausschuss beschließt:

1. Zur Förderung der Ferienmaßnahmen der freien Jugendverbände werden 30% der zur Verfügung stehenden Mittel in der Haushaltsposition 4510.7170.01 in Höhe von 12.000 € zur Bewilligung frei gegeben.

2. Zur Förderung der Ferienmaßnahmen der freien Jugendverbände wird die Übernahme der Restfinanzierung des benötigten Zuschusses in Höhe von 28.000_€ der Stiftung Monheim der Stadtparkasse Düsseldorf empfohlen.
3. Die Mittel zur Förderung von integrativen Ferienmaßnahmen in Höhe von 5.000_€ werden zur Bewilligung frei gegeben.
4. Die Mittel zur Förderung von Elternbeiträgen bei Ferienmaßnahmen in Höhe von 26.100_€ werden zur Bewilligung frei gegeben.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig

Ö 7. 2004/0186 Antrag auf Gewährung eines Zuschusses der Beratungs- und Informationsstelle gegen sexuelle Gewalt an Mädchen und Jungen "Sag's e.V."

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bemerkt, die CDU-Fraktion habe den Vorschlag gemacht, dass der Verein aufgefordert wird, seinen Namen so zu ändern, dass durch die Bezeichnung auf Monheim die Möglichkeit besteht, Fördermittel zu erhalten. Da das in der Beschlussvorlage nicht geändert wurde, fragt er, ob das berücksichtigt sei.

Der Beigeordnete führt dazu aus, dass man gerade gestern im Kuratorium darüber diskutiert habe. Man werde mit dem Verein noch mal in Kontakt treten. Nach diesseitiger Auffassung sei nicht nur die Namensänderung wichtig, sondern ggfl. auch eine Satzungsänderung, so dass Monheim auch tatsächlich in das Aufgabengebiet hinein reicht und das auch entsprechend definiert wird. Dann sei sicherlich der Förderweg für die Stiftung gegeben.

Der Ausschuss beschließt:

Der Antrag auf Gewährung eines Zuschusses für die Arbeit der Beratungs- und Informationsstelle gegen sexuelle Gewalt an Mädchen und Jungen „Sag’s“ e. V. in Langenfeld für Monheimer Kinder in Höhe von 10.000 € wird beschlossen.
Zur Deckung dieser außerplanmäßigen Ausgabe werden Rückflüsse bzw. Einsparungen bei den HH-Stellen 9050.8320.00 Kreisumlage und 4554.7170.02 Personalkosten Wohlfahrtsverbände i.H. von jeweils 5.000€ heran gezogen.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig

Ö 8. 2004/0176 Fortführung des Projektes Mo.Ki

An dieser Stelle gratuliert der Bürgermeister nochmals für dieses Gremium Frau Berg und ihrer Mannschaft zum ersten Deutschen Präventionspreis 2004.

Der Ausschuss empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

Das Projekt Mo.Ki - Monheim für Kinder wird zunächst befristet bis zum 31.12.04 weiter geführt.

Die Freistellung der Koordinatorin bleibt zunächst befristet bis zum 31.12.04 bestehen. Die hierdurch anfallenden zusätzlichen Personalkosten i.H. von jährlich 13.500 € werden aus der HH-Stelle 4554.7170.02 Personalkostenzuschüsse an Wohlfahrtsverbände refinanziert. Die Leitungsstelle der SPFH wird befristet bis zum 31.12.04 durch eine Halbtagskraft besetzt.

Die Verwaltung wird beauftragt, bis zur Sitzung des Jugendhilfeausschusses im November 04 ein Finanzierungskonzept zur Festinstallation des begonnenen präventiven Jugendhilfekonzeptes Mo.Ki vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig

Ö 9. 2004/0180 Entgeltordnung für die Volkshochschule der Stadt Monheim am Rhein

Der Ausschuss empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Änderung der Entgeltordnung der Volkshochschule Monheim am Rhein wird beschlossen. Die Entgeltordnung ist Bestandteil dieses Beschlusses.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig

Ö 10. 2004/0229 Satzung über die Erhebung der Zweitwohnungssteuer in der Stadt Monheim am Rhein

Die Vorsitzende der F.D.P./MBM-Fraktion fragt, ob es ungefähr eine Größenordnung gibt, wie viel Euro man überhaupt zu erwarten habe. Sie sage dies deshalb etwas überspitzt, da sie nicht verstehe, was das bringen soll. Es werde sicherlich nicht großartig zur Konsolidierung des Haushaltes beitragen. Sie meine, dass der Schaden für die Stadt, den man dadurch habe, wesentlich größer sei. Bei riesigen zu erwartenden Beträgen könnte man eine derartige Steuer in Erwägung ziehen, aber bei diesen Kleckerbeträgen sehe sie den Sinn nicht.

Der Kämmerer hält den Aufwand für vertretbar. Über die Höhe der jährlichen Mehreinnahmen können derzeit noch keine Angaben gemacht werden, da hier verschiedene Faktoren eine Rolle spielen und man erst nachforschen könne, wenn man eine Satzung habe. Es komme auch nicht allein auf die Steuer zur Sanierung des Stadtsäckels an, sondern es gehe auch darum, insgesamt deutlich zu machen, Monheim am Rhein ist eine HSK-Gemeinde und man tue auch mal etwas Außergewöhnliches.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion erklärt, sich der Vorlage nicht anzuschließen. Die Ausführungen des Kämmerers hätten ihn nicht überzeugt. Er halte die Zweitwohnsteuer als Abzockerei. Allgemein müssen die Aufgaben der Verwaltung zurückgeführt werden. Hier erschließe man sich für relativ kleines Geld einen neuen Aufgabenbereich. Dieser Punkt sei eher kontraproduktiv. In der öffentlichen Wahrnehmung werde festgehalten, in Monheim wird eine Zweitwohnsteuer erhoben. Das werde sicherlich nicht zum positiven Image der Stadt beitragen und es werde letzten Endes im Volumen nicht viel bringen. Deshalb werde man die Zweitwohnsteuer ablehnen.

Die Vorsitzende der SPD-Fraktion ist der Auffassung, dass auch bei kleinem Geld der Saldo gesehen werden müsse. Wenn man an anderer Stelle um 10 oder 15.000 € die irgendwo fehlen,

kontrovers und lange diskutieren würde, sind dies Beträge, die man auch hier sehen müsse. Zum anderen unterstütze sie die Aussage des Kämmerers. Aufgrund der Haushaltslage sollten alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden. Die SPD-Fraktion werde daher der Vorlage zustimmen. Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen äußert, dass die Vorlage heute nur öffentlich vorberaten werde. Man könnte die Verwaltung daher in die Pflicht nehmen, die ganze Sache durchzurechnen und bis zum Rat nachzuarbeiten.

Die Abstimmung hat folgendes Ergebnis:

für die Vorlage 6 Stimmen (BM, 5 SPD)

gegen die Vorlage 8 Stimmen (7 CDU, F.D.P.)

Enthaltungen 1 Stimme (Grüne)

Die Verwaltungsvorlage ist damit abgelehnt.

Ö 11. 2004/0216 Abschluss einer Vereinbarung über die Abwasserbeseitigung zwischen der Stadt Monheim am Rhein und der Stadt Leverkusen

Die Verwaltung teilt mit, dass in dem Vertragsentwurf noch folgende Zahlen nachzutragen sind: § 4 Abs.2 letzter Satz auf Seite 5: 'Als Orientierungsgrößen für das Schmutzwasser werden nachrichtlich **4 000 m³/pro Jahr** als Einleitungsmenge und ein gegenwärtiger Gebührensatz von **1,84 €m³** genannt'.

§ 4 Abs.2 erster Satz auf Seite 6: 'Als Orientierungsgrößen für das Niederschlagswasser werden nachrichtlich **4.300 m²** als angeschlossene Fläche und ein gegenwärtiger Gebührensatz von **1,32 €m²** genannt'.

Der Ausschuss empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Verwaltung wird ermächtigt, mit der Stadt Leverkusen eine Vereinbarung über die Abwasserbeseitigung auf der Grundlage des beiliegenden Entwurfes zu schließen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ö 12. 2004/0231 Ersatzbeschaffung von PCB-belastetem Schulinventar

Der Ausschuss beschließt:

- 1.) Die unabweisbare Ersatzbeschaffung von PCB-belastetem Schulinventar in Höhe von 415.000,00 € ist im Haushaltsjahr 2004 zu realisieren.
- 2.) Über die Finanzierung der Aufwendungen verhandelt der Kämmerer mit dem Kreis Mettmann.
- 3.) Eine Entscheidung über die Mittelbereitstellung trifft der Haupt- und Finanzausschuss in seiner Sitzung am 01. 07. 2004.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ö 13. 2004/0221 Nutzungskonzept Marienburg

Die Vorlage wird zurückgezogen.

Ö 14. 2004/0219 Ergänzung der Haushaltssatzung 2004

Der Kämmerer führt aus, dass der seinerzeit gefasste Beschluss über die Haushaltssatzung 2004 ausschließlich im Vermögenshaushalt leicht geändert werden soll. Man könne ihn ändern, weil die Haushaltssatzung mit Sicherheit in diesem Jahr nicht rechtskräftig werden kann, da man das Haushaltssicherungskonzept nicht genehmigt bekomme. Zur Zeit laufe immer noch die Prüfung bei der Kommunalaufsicht. Die Kommunalaufsicht sei über diese Änderung bereits informiert.

Der Kämmerer gibt dann Erläuterungen zu den notwendigen Änderungen infolge der Maßnahmen Erschließung des Rheinparks, Entlastungssammler Kirchstraße und Ersatzbeschaffung für PCB-verseuchtes Schulmobiliar sowie der Anpassung des Höchstbetrages der Kassenkredite. Man decke diese Ausgaben durch Einnahmen bei den Kanalanschlussbeiträgen in Höhe von 2.150.000 € Kredite in Höhe von 1.885.000 € (die über Gebühren wieder refinanziert werden) und durch die Entnahme aus der Rücklage in Höhe von 346.100 €

Ein Sprecher der SPD-Fraktion bittet darum, solche Dinge doch künftig etwas transparenter darzustellen. Er fragt dann, ob er es so richtig verstanden habe, man habe am 01.04.2004 eine Haushaltssatzung im Rat verabschiedet und weil diese Haushaltssatzung von der Aufsichtsbehörde noch nicht genehmigt ist, könne man das hier mit einer einfachen Änderung durchziehen. Vom Kämmerer wird dies so bejaht. Des weiteren fragt er, ob es so richtig sei, dass die zusätzliche Kassenkreditaufnahme nicht mehr separat der Aufsichtsbehörde vorgelegt werden braucht, sondern im Rahmen des Genehmigungsverfahrens mit behandelt wird. Da dies vom Kämmerer ebenfalls bejaht wird, bemerkt er, dass die formelle Seite damit klar sei. Vom Inhalt her aber könne die SPD-Fraktion unter dem Aspekt der Erhöhung der Kassenkredite dieser Vorlage so nicht zustimmen.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion bemerkt, dass es sich nicht um einen leichtfertigen Umgang mit Geld handelt, sondern darum, was die Einnahmeseite betrifft, dass der Teppich unter den Füßen ganz systematisch weggezogen wird. Das könne man auch aus dem gesamten Finanz- und Leistungsbericht der Verwaltung entnehmen. Die Ausgaben, die hier beschrieben werden, sind unabweisbar und die Maßnahmen müssen durchgeführt werden. Die CDU-Fraktion werde dem also zustimmen.

Es ergibt sich noch eine weitere Diskussion, insbesondere über die Erhöhung der Kassenkredite.

Der Ausschuss empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

Die am 01.04.2004 beschlossene Haushaltssatzung der Stadt Monheim am Rhein für das Haushaltsjahr 2004 wird wie folgt geändert:

1. In § 1 werden die Beträge für die Einnahmen und Ausgaben des Vermögenshaushalts jeweils von 15.230.970 € auf 19.612.070 € erhöht.
2. In § 2 wird der Gesamtbetrag der Kredite von 3.133.670 € auf 5.018.670 € erhöht.
3. In § 4 wird der Höchstbetrag der Kassenkredite von 25.000.000 € auf 30.000.000 € erhöht.

Abstimmungsergebnis:

dafür 10 Stimmen (BM, 7 CDU, Grüne, F.D.P.)

dagegen 5 Stimmen (SPD)

Ö 15. 2004/0253 Errichtung eines Abenteuerspielplatzes am Standort "Im Pflingsterfeld"

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stellt zur Geschäftsordnung den Antrag, den Tagesordnungspunkt abzusetzen. Das was hier vorgelegt wird, habe nichts zu tun mit der Umsetzung eines bestehenden Ratsbeschlusses. In der Sachdarstellung werde ja auch auf diesen Ratsbeschluss hingewiesen, der besagt, dass die Verwaltung die Voraussetzungen zur Realisierung des Projektes schafft und eine zügige Bearbeitung erfolgt. Was jetzt hier offenkundig passiert ist doch, dass dies gar nicht weiter verfolgt wird. Es gehe nicht mehr um den Abenteuerspielplatz. In der Verwaltungsvorlage werde darauf hingewiesen, dass die Umsetzung zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen kann, jedenfalls im Moment nicht. Wenn man folglich den Beschluss mit dem vergleicht, was die Verwaltung hier vorschlägt, müsse man zwingend zu dem Ergebnis kommen, dass das eine mit dem anderen nichts zu tun hat. Man sei aber an den Ratsbeschluss gebunden. Was man hier jetzt tue, sei schlicht rechtswidrig und verstoße gegen die Gemeindeordnung. Nach seiner Meinung könne man auf dieser Basis das Thema nicht behandeln. Daher beantrage er die Absetzung

Der Bürgermeister entgegnet, dass er einen entsprechenden Beschluss, wenn er gefasst würde, in irgendeiner Form beanstanden müsse. Die Vorlage sei insofern gemeindeverfassungskonform, als dass man in dem Beschlussvorschlag zumindest eine schrittweise Realisierung erkennen kann, nicht die Realisierung der Gesamtkonzeption in Gänze, sondern die Einleitung eines ersten Schrittes, dem ein zweiter und dritter Schritt folgen kann, je nach dem wie sich die weitere Debatte ergibt. Er lese den Antrag so, dass es erst einmal um Grundstückssicherung und Planungsrecht geht. Alles andere kann dann entwickelt werden. Insofern sehe er keine Kollision des Gemeindeverfassungsrechts mit dem bestehenden Ratsbeschluss.

Abstimmung zu dem Absetzungsantrag:

dafür 7 Stimmen (5 SPD, F.D.P.,Grüne)

dagegen 8 Stimmen (BM, 7 CDU)

Der Antrag ist damit abgelehnt.

Zur Vorlage selbst wird vom Vorsitzenden der CDU-Fraktion ausgeführt, dass zunächst die planungsrechtlichen Voraussetzungen, wie von der Verwaltung im Beschlussvorschlag vorgesehen, geschaffen werden müssen. Das sei eine Grundvoraussetzung, der zugestimmt werden müsse. Vor dem Hintergrund der Kassensituation heiße das wirklich, an der Stelle nur das Planungsrecht zu schaffen und dann aufgrund des Antrages der CDU-Fraktion eine Konzeption zu entwickeln, die zunächst von einer pädagogischen Betreuung absieht. Dann sollte eine Obergrenze für die gesamte Maßnahme festgelegt werden, die 350.000,- € nicht überschreitet. Insofern sollte schrittweise verfahren werden, erstens das Planungsrecht zu schaffen und dann die Verwaltung aufzufordern, die investive Konzeption so aufzubereiten, dass daraus möglicherweise zu einem späteren Zeitpunkt ein Abenteuerspielplatz werden kann. Er sehe keine Basis, einen weitergehenden Beschluss zu fassen. Man wolle in dieses Projekt einsteigen und werde es auch weiter verfolgen. Nur könne man heute keinen Blankoscheck ausstellen, wobei man nicht wisse, wann man ihn begleichen könne.

Die Vorsitzende der F.D.P./MBM-Fraktion äußert, dass es seinerzeit in den 70er Jahren schon einmal einen Abenteuerspielplatz in Baumberg gegeben habe. Sie fragt, ob es dazu in der Verwaltung noch Unterlagen gebe, aus denen man ggfls. Vergleichszahlen ziehen könne. Der Bürgermeister entgegnet, dass die Verwaltung diesem Hinweis nachgehen werde. Es habe in der Tat diesen Abenteuerspielplatz gegeben, der mit hauptamtlichem Personal betrieben worden sei. Ggfls. können daraus Erfahrungswerte und Erkenntnisse gewonnen werden.

Die Vorsitzende der SPD-Fraktion erklärt, dass man heute über den Beschlussvorschlag der Verwaltung in den Punkten 1 und 2a-c abstimmen solle und über nichts anderes. Sie habe für den Vorschlag des Vorsitzenden der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gestimmt, weil der Absetzungsantrag in der Tat weiterführend und hilfreicher gewesen wäre, da die Vorlage doch viele Lücken aufweise. In der Ratssitzung habe man die Verwaltung beauftragt, möglichst noch vor der Sommerpause etwas vorzulegen. Das sei offenbar nicht gelungen. In einem ersten Schritt habe die Verwaltung die planungsrechtlichen Fragen zusammengestellt. Dem könne man auch so zustimmen. Das müsse man nämlich machen, sonst brauche man über nichts anderes mehr zu reden. Man stimme der Verwaltungsvorlage daher in allen Punkten zu. Auch nehme man den Sachstandsbericht zur Kenntnis. Der CDU-Antrag stehe nicht zur Diskussion. Sollte dieser heute zur Abstimmung gestellt werden, würde die SPD-Fraktion dem nicht zustimmen.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen äußert, dass er den Antrag der CDU-Fraktion, insbesondere den Finanzierungsvorschlag für derart schlecht halte, dass er am liebsten darüber überhaupt nicht abstimmen möchte. Da werde von 350.000 € gesprochen. Was völlig fehle sei ein Deckungsvorschlag. Es seien auch die angegebenen Kosten für die einzelnen Grundelemente nicht nachvollziehbar, da diese nicht weiter aufgeschlüsselt sind. Er erwarte, dass erklärt werden kann, was hinter den einzelnen Posten steht. Im Ganzen gesehen müsse weiter über ein Konzept Abenteuerspielplatz nachgedacht werden. Er sei daher nach wie vor der Meinung, dass eine Absetzung des Tagesordnungspunktes die vernünftigste Lösung gewesen wäre, damit die Verwaltung auch Zeit habe, nochmals mit dem Verein zu sprechen und dann ggfls. nach der Kommunalwahl weiter zu diskutieren.

Ein Sprecher der CDU-Fraktion bemerkt zum Antrag der CDU-Fraktion, der Punkt 1 könne so bestehen bleiben, da er sich mit dem Verwaltungsvorschlag decke. Im Punkt 2 sollten die Spiegelstriche entfallen, so dass der Antrag nur noch den ersten Satz "Die Konzeption des Abenteuerspielplatzes ist zu überarbeiten" beinhaltet. Den Punkt 3 werde man aber so aufrechterhalten. Zu den einzelnen Punkten sollte dann getrennt abgestimmt werden.

Der Ausschuss beschließt:

1. Der Sachstandsbericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt,
 - a) das Flächennutzungsplanänderungs- und Bebauungsplanverfahren zügig zu Ende zu führen,
 - b) mit dem Grundstückseigentümer die Verhandlungen zum Erwerb bzw. zur Anpachtung der benötigten Grundstücksfläche weiterzuführen,
 - c) eine ausführungsfähige Planung zu erarbeiten und diese den zuständigen Fachausschüssen zur Beschlussfassung vorzulegen, sobald die planungsrechtlichen Voraussetzungen gem. 2a dieses Beschlusses gegeben sind und die Verfügbarkeit über das Grundstück gesichert ist

Abstimmungsergebnis:

dafür 14 Stimmen (BM, 7 CDU, 5 SPD, F.D.P.)

dagegen 1 Stimme (Grüne)

3. d) = Punkt 2 des CDU-Antrages

Die Konzeption des Abenteuerspielplatzes ist zu überarbeiten.

Abstimmungsergebnis:

dafür 9 Stimmen (BM, 7 CDU, F.D.P.)

dagegen 6 Stimmen (5 SPD, Grüne)

4. e) = Punkt 3 des CDU-Antrages

Die Kosten für Grunderwerb und Herrichtung des Abenteuerspielplatzes werden auf 350.000 Euro (brutto) begrenzt.

Abstimmungsergebnis:

dafür 9 Stimmen (BM, 7 CDU, F.D.P.)

dagegen 6 Stimmen (5 SPD, Grüne)

Ö 16. 2004/0226 Finanz- und Leistungsberichte der Zentralen Dienste und der Gesamtverwaltung für die Zeit vom 01.01.-30.04.2004

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt die Finanz- und Leistungsberichte der Zentralen Dienste und der Gesamtverwaltung für die Zeit vom 01.01.-30.04.2004 zur Kenntnis.

**Ö 17. 2004/0254 Mitteilung
Sachstand: Verhandlung über Nutzungsvertrag Rheinstadion
und Baukostenzuschuss Sozial- und Verwaltungsgebäude**

Der Bürgermeister äußert, er denke, dass diese Sachstandsmitteilung, die allen schriftlich vorliegt, einen guten Überblick über den Verfahrensstand bringt.

Die Vorsitzende der SPD-Fraktion bemerkt, sie habe jetzt nur die Vorlage gelesen. Das übrige Papier werde sie sich zu Hause ansehen. Aber es sei schon bemerkenswert und interessant, dass die Ratsgremien jetzt darüber informiert werden, nach dem man ja in der Vorlage lese, dass die CDU die Gespräche führt. Offenbar bohre die CDU die Bretter und nicht die Verwaltung. Sie wünsche sich nur, jetzt nicht noch mit Gewalt Regelungen zu treffen, sondern nach der Wahl in Ruhe gemeinsam Lösungen für den Verein zu finden.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion weist darauf hin, dass in dieser oder auch einer anderen Wahlperiode darüber gesprochen und deutlich gemacht wird, dass die Maßstäblichkeit eingehalten werden muss. Leider sei man nicht in der Lage, dass Geld in der notwendigen Höhe zu geben. Aber selbst dann müsse man auf die Maßstäblichkeit beharren. Es wäre ein leichtes, ein Versprechen abzugeben, von dem man wisse, man könne es nicht erfüllen.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

Ö 18. Mündliche Mitteilungen

Ratsinformationssystem

Die Verwaltung teilt mit, dass man die angekündigte Mitteilung zum Ratsinformationssystem in der Ratssitzung im öffentlichen Teil bringen werde, da es alle Ratsmitglieder betrifft und die Verwaltungsvorlage zunächst noch in der Verwaltungskonferenz beraten werden soll.

Ö 19. Mündliche Anfragen

Ö 19.1 Mündliche Anfrage des Rats Herrn Schmidt (SPD); „Verkauf des Heinrich-Häck-Stadions“

Rats Herr Schmidt bemerkt, dass das Heinrich-Häck-Stadion ja verkauft werden soll. Er fragt, ob es dazu schon Angebote gibt, ob die Zahlen, die im Raum standen, zu erreichen sind und ob es schon eine Stellungnahme der Aufsichtsbehörde gibt.

Der Bürgermeister erklärt, dass der Kämmerer hierzu im nichtöffentlichen Teil der Sitzung Ausführungen geben werde.

Ö 19.2 Mündliche Anfrage der Vorsitzenden der SPD-Fraktion, Ratsfrau Hengsberger; „Bauplanung Eckgrundstück Klappertorstraße/Griesstraße“

Die Vorsitzende der SPD-Fraktion führt aus, sie habe der Presse entnommen, dass für dieses Grundstück bereits konkrete Ausführungspläne existieren. Sie fragt, auf welcher Grundlage der Verein "Freundeskreis Baumberger Altstadtviertel e.V." dieses Grundstück dort bebauen könne. Zweitens sei das Grundstück von der Stadt erworben worden. Das aufstehende alte Haus habe man aus dem Grunde abgerissen, weil es dort eine Radwegeplanung gebe. Es gebe aber nach wie vor keinen Radweg in diesem Bereich. Die Planungen seien bis nach der Kommunalwahl zurück gestellt. Wie ist es zu verantworten, dass dieser Platz, von dem man nicht wisse, ob er genutzt werden kann, bebaut wird. Drittens habe es einmal eine Planung gegeben, dort ein neues Haus mit einem Grundstückserlös für die Stadt wieder aufzustellen. Sie fragt, wie sich das mit den konkreten Nutzungsplänen des Vereins verträgt.

Der Bürgermeister entgegnet, dass es keine Rechtsgrundlage, vertragliche oder gestalterische Grundlage gibt. Wenn er es recht sehe, beruhen diese Maßnahmen dort auf bilaterale Absprachen zwischen dem Verein und Herrn Axt aus dem Gartenbaubereich der Verwaltung. Die Anfrage sei berechtigt. Er schlage daher folgendes vor, zur nächsten Ratssitzung die Sache durch den Fachbereich 4 aufzuarbeiten und entsprechend vorzulegen.